

Gängiger Geschichtspolitik etwas entgegensetzen

Über sechzig Jahre existiert bereits die Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (BzG). In dieser Zeit variierten nicht nur die institutionelle Anbindung – zunächst herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED –, sondern auch die inhaltliche Ausrichtung der BzG. Dementsprechend folgte nach Einschätzung Fritz Zimmermanns, ehemaligem Chefredakteur der Zeitschrift, insbesondere in der Zeit der „Wende“ „ein radikaler Bruch mit der früheren politisch und ideologisch ausgerichteten Geschichtsschreibung, Tabus galten nicht mehr.“¹ Liest man nun das aktuelle Heft der BzG, 3/2021,² wird deutlich, dass diese „Tabus“ heute tatsächlich nicht mehr gelten. Insbesondere gelten keine „Tabus“, der in Deutschland mehrheitlich vorherrschenden Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik andere Akzente entgegensetzen. Dies erscheint auch dringend erforderlich.

Dafür stehen bspw. die ersten drei Artikel des Heftes. Stefan Bollinger beschäftigt sich mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Jahr 1941 und präsentiert historische Umstände, mit denen sich auch eine Geschichtsschreibung aus Sicht der Arbeiterbewegung kritisch auseinandersetzen sollte – bspw. die mangelnde Vorbereitung der Sowjetunion auf den Angriff der Deutschen oder die Tragweite des Nicht-Angriffs-Vertrages von 1939.

Insbesondere eine Beschäftigung mit Letzterem erscheint äußerst erhellend; war und ist dieser mutmaßliche „Pakt“ zwischen Stalin und Hitler doch immer wieder Beleg der Geschichtswissenschaft und der Politologie für die Wesensgleichheit von Faschismus und Kommunismus in totalitarismustheoretischer Manier. Bollinger hebt dabei Aspekte hervor, welche die „pragmatische wie temporäre Interessenannäherung“ (10) von Stalin an Hitler im Jahr 1939 nüchterner erklärt: u.a. bereits weit vor 1941 deutlich werdende Bedrohungen der Sowjetunion von deutscher Seite, durch den Westen verhinderte Bündnisse zum Kampf gegen den Faschismus oder gar Kriegspläne aus London und Paris gegen die Sowjetunion.

Doch antikommunistische Sichtweisen auf diesen Teil der Geschichte brachten und bringen nicht nur Legitimation für antirussische Politikstile in Osteuropa und dem Westen. Sie sorgen auch für die Relativierung des Faschismus, der sowjetischen Opfer des Krieges und der Leistung der Sowjetunion im Zuge der Befreiung.

Ebenso entgegen der Mainstream-Geschichtsauffassung existierten während des Faschismus weitaus mehr Widerstandsbewegungen als die in der bundesdeutschen Öffentlichkeit primär rezipierten. Günter Wehner schildert in seinem Beitrag die illegalen Tätigkeiten einer solcher Widerstandsgruppe um den Kommunisten Willy Hielscher in Berlin, die Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter unterstützte, Flugblätter verteilte und Aufstände vorbereitete. Siegfried Prokop widmet sich wiederum der Potsdamer Konferenz von 1945 und bewertet die von US-

¹ <http://www.trafoberlin.de/geschichte-der-arbeiterbewegung/> [letzter Zugriff: 15.07.2021].

² 180 Seiten, 16,00 Euro.

Außenminister Byrnes durchgesetzten ungleichen Reparationslasten zwischen Ost und West – nur im Gegenzug konnte die Sowjetunion die Oder-Neiße-Grenze herbeiführen – als ein „diabolische Junktim“ (23). Politisch wie ökonomisch habe der Westen die Einflussmöglichkeiten der Sowjetunion dadurch systematisch zurückgedrängt.

Anlässlich des 150. Geburtstages von Rosa-Luxemburg stellt Holger Czitrich-Stahl neu erschienene, „lesenswerte“ (114) Literatur zu Rosa-Luxemburg zusammen, deren öffentliche Rezeption trotz ihrer Qualitäten nach seiner Einschätzung „eher bescheiden bleiben dürfte“. (ebd.) Die notwendige Beschäftigung mit Rosa Luxemburg unterstreicht auch Jörg Wollenberg in seinem Rückblick auf Rosa Luxemburg-Seminare der IG Metall. Er wirbt dafür, dass die „fundamentale Selbstüberprüfung der Organisationen der Arbeiterbewegung der Ausgangspunkt der Bildungsarbeit bleiben“ (98), bzw. wieder werden sollte. Denn mit Luxemburg gedacht, seien gerade die Formen der Organisierung und der Umgang mit Unterdrückung zentrale Faktoren für das Gelingen einer sozialistischen Umgestaltung.

Weitere Beiträge, ein Nachruf für Alfred Kosing und Rezensionen runden die aktuelle BzG ab. Die Deutung der Geschichte ist und bleibt politisch. Sie ist relevant für gegenwärtige politische Kämpfe, wie insbesondere Stefan Bollinger aufzeigt. Diese Ausgabe schlägt der Linken (und darüber hinaus) alternative Deutungsangebote vor, die ebenso kritische Analysen von Episoden der Arbeiterbewegung berücksichtigen.

Dominik Feldmann

Staatliche Corona-Hilfen in den USA und der EU – Ende des Neoliberalismus?

Susan Watkins, Herausgeberin der *New Left Review*, befasst sich in ihrem Einleitungsbeitrag zu der im März in London erschienenen Ausgabe mit den staatlichen Corona-Hilfsprogrammen in den USA und der EU.¹ Sie geht der Frage nach, ob diese Programme ein Ende des Neoliberalismus signalisieren. Sie haben ein sehr unterschiedliches Volumen; den 750 Milliarden Euro der „Next Generation EU“ vom Februar 2021 stehen drei bis vier Billionen Dollar des „American Rescue Plan“ und des „American Jobs Plan“ gegenüber.

Analytisch sei zwischen neoliberaler Politik und Ideologie zu unterscheiden, so Watkins. Ein zentrales neoliberale Postulat laute, dass der Markt vor staatlicher und demokratischer Beeinflussung zu schützen sei, um die unbeschränkte Bewegung des Kapitals zu gewährleisten und ein großes Reservoir an billigen und fügsamen Arbeitskräften zu schaffen. Staatliches Handeln, so Watkins, gehe aber stets über diesen Rahmen hinaus. So finanzierten die USA eine „imperiale

¹ *New Left Review*, 128 (März/April), 128 S., 8 £.

Infrastruktur“, einschließlich der Militärhilfen für Israel, und den „Krieg gegen den Terror“, außerdem gälten weitgehende Immigrationsbeschränkungen. Ungeachtet dessen sei im Zuge der Großen Rezession ab 2007 eine rigide Austeritätspolitik betrieben worden, etwa der EU-„Troika“ gegenüber Griechenland. In der Folge sei es international zum Aufstieg rechter und linker „populistischer“ Kräfte gekommen, deren deutlichstes Zeichen die Präsidentschaft Donald Trumps war.

Den Unterschied zwischen der Bewältigung der Großen Rezession und jener der Corona-Pandemie kann man, wie die Verfasserin zeigt, an den weitaus höheren Staatsausgaben sehen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt lagen die fiskalischen Stimuli der USA 2009 bei 6,5 und 2020 bei 16,7 Prozent. Für Großbritannien und Deutschland lagen die Zahlen bei 1,1 und 16,3 bzw. 3 und 11 Prozent. Im März 2020 habe sich insbesondere Deutschland unter Bundeskanzlerin Angela Merkel noch gegen gemeinsame Schuldenabsicherung in der EU („Eurobonds“) gewehrt und u.a. die Ausfuhr medizinischer Hilfsmittel blockiert – sehr zum Ärger der italienischen Bevölkerung, die damals besonders von der Pandemie betroffen war und den Eindruck gewinnen musste, aus China mehr Hilfe zu erhalten als aus der EU. Im April, vor einem Treffen der EU-Kommission, korrigierte die Bundesregierung ihre Position.

Watkins kommt zu dem Ergebnis, dass die staatliche Ausgabenpolitik sich gegenüber 2009 tatsächlich verändert hat. Den Grund dafür sieht sie darin, dass die Programme nicht nur Corona-Beihilfen umfassen, sondern auch notwendige Investitionen in Infrastrukturen, Digitalisierung und Klimaschutz. Im Fall der USA spiele die imperiale Konkurrenz mit China eine wichtige Rolle.

Michael Zander

Digitaler Kapitalismus

Das Socialist Register verlor Ende letzten Jahres seinen langjährigen Herausgeber Leo Panitch. Die letzte von ihm vollständig edierte Ausgabe der Zeitschrift „Beyond Digitalism Capitalism“¹ widmet sich im Schwerpunkt dem „Digitalen Kapitalismus“ und den Möglichkeiten seiner Überwindung. Das ist zwar etwas zu hoch gegriffen angesichts der 9 Aufsätze zum Thema. Nichtsdestotrotz ist den Herausgebern eine hervorragende Ausgabe gelungen. Larry Lohmann widmet sich in seinem Aufsatz der Künstlichen Intelligenz (KI). Die KI-Forschung macht große Fortschritte. Regelmäßig wurde deshalb das „Ende der Arbeit“ postuliert. Lohmann resümiert den Forschungsstand und argumentiert, dass so etwas wie das Ende der Arbeit im Kapitalismus unwahrscheinlich sei u.a. angesichts der verringerten Produktivitätsgewinne der letzten Jahre. Cole/Radice/Ummey werfen in ihrem Beitrag „The Political Economy of Datafication and Work“ neben an-

¹ Albo, Greg/Panitch, Leo (Hg) (2021): „Beyond Digital Capitalism. New Ways of Living“. Socialist Register Nr. 57, 324 S., 24,80 Euro.

deren Aspekten einen Blick auf die Bedeutung der Daten. Die Frage erscheint erstmal nebensächlich, doch produzieren die großen US-IT-Konzerne wie Google, Facebook selbst keinen Mehrwert. Streng genommen sind sie Daten-dealer. Ihre Gewinne erzielen sie größtenteils über Werbung und das Sammeln und den Verkauf von Nutzerdaten. Dieses Geschäftsmodell ist überaus erfolgreich, betrachtet man allein die riesigen Jahresbudgets, die größer sind als die durchschnittlicher Nationalstaaten. Ihr Aufsatz gibt einen sehr spannenden Überblick über die neue politische digitale Ökonomie. Direkt daran anknüpfend schreibt die neue linke britische Star-Wirtschaftsjournalistin Grace Blakeley über die Monopole der großen Tech-Konzerne und wie sie von den Staaten protegiert werden. Ihre wachsende Macht kommt nicht von ungefähr und ist auch einem neuen IT/Tech-Protektionismus geschuldet. Diese Monopolbildung hat riesige Auswirkungen, wenn man bedenkt, dass heute ein großer Teil der zwischenmenschlichen Kommunikation über social-media-Plattformen abgewickelt wird. Alternativen zum Plattform-Kapitalismus diskutiert Derek Hrynyshyn in seinem Aufsatz „Imagining Platform Socialism“, der aber weniger hält als der Titel verspricht. Tatsächlich schlägt Hrynyshyn eher alternative Eigentumsstrukturen und Organisationsweisen für die großen social-media Plattformen vor. Tanner Mirrlees hingegen diskutiert die spannende Frage von „Socialists on Social Media Platforms“. Sein Beitrag beschreibt die Auswirkungen von social media auf die sozialistische Bewegung in den USA. Mit vielen Zahlen unterlegt er den großen Aufschwung einer genuin sozialistischen Internetpräsenz in den letzten beiden Jahrzehnten. Die neuen Medien schufen für Sozialist*innen in den USA neue Möglichkeiten, die Ausgrenzung in den Massenmedien Fernsehen und Rundfunk zu umgehen. Sein Überblick über die verschiedenen Aktivitäten, Formate, Beteiligten und Zugriffszahlen sind erhellend. Keineswegs beschönigt Mirrlees diese neuen Medien. Der gewaltigen Welle von Do-it-Yourself-Medienschaffenden von links steht ebenso die neu gewonnene Stärke explizit konservativer und rechter Medien gegenüber. Nicht zuletzt deshalb sind die neuen sozialen Medien auch nicht nur eine Chance. An zahlreichen Beispielen ist ersichtlich, wie die kapitalistischen Techkonzerne linke Bewegungen und Medienschaffende zensieren. Diesen Aspekten hätte man etwas mehr Raum in Mirrlees Beitrag gewünscht. Alles in allem ist Albo/Panitch hier eine sehr spannende und lesenswerte Ausgabe gelungen, die wichtige Bereiche des digitalen Zeitalters kritisch beleuchtet.

Janis Ehling